

GEWALT GEGEN

BESCHÄFTIGTE

IM ÖFFENTLICHEN

UND PRIVATISIERTEN

SEKTOR

DGB-Faktenbuch

„Wir arbeiten alle im Sinne der Bürger, für die Bürger. Und wenn man dann geschlagen, angepöbelt oder bespuckt wird, da verliert man doch den Glauben an den Job.“

Manfred Thelens, Kraftfahrer bei der Abfallwirtschaft in Aachen; Personalratsmitglied Aachener Stadtbetrieb

„Wir sind am Limit. Die Beschäftigten müssen endlich gut und sicher arbeiten und zufrieden nach Hause gehen können.“

Martin Senger*, Gesundheits- und Krankenpfleger in einer Rettungsstelle in Berlin

„Für die Menge an Aufgaben und die Größe des Einsatzgebietes reicht das Personal hinten und vorne nicht.“

Christian Greiser, ehemaliger Mitarbeiter im Allgemeinen Ordnungsdienst, Bezirksamt Berlin Mitte

„Mehr und mehr Menschen suchen förmlich nach Auseinandersetzung.“

Dennis Bitzer, Zugchef bei der DB Fernverkehr AG, Nürnberg



„Mit besserer finanzieller und personeller Ausstattung könnten unsere Leute die Fälle schneller bearbeiten. So würden Konflikte gar nicht erst aufkommen.“

Andreas Liste, Vorsitzender des Personalrats, Jobcenter Halle (Saale)

**„Die Aggression gegen die Polizei ist hoch,
uns schlägt generelle Ablehnung entgegen.“**

Maike Neumann, Gewerkschafterin der Polizei, Köln



**„Wenn wir die Straße versperren, brüllen
uns die Fahrer hinter uns an – von Pöbeleien
bis zu Drohungen ist alles dabei.“**

Michel Teutsch, Kraftfahrer bei der Berliner Stadtreinigung

**„Es kann ja echt nicht sein, dass ich einmal
im Jahr selbst im Krankenhaus lande, weil ich
Menschen in Not helfe.“**

Moritz, Rettungssanitäter in Berlin

**„Die Fähigkeit, bei aggressiver Stimmung
ruhig zu bleiben – das muss trainiert und
gelehrt werden.“**

Alexander Bernbach, ehemaliger Personalratsvorsitzender
und Einsatzleiter bei der Berufsfeuerwehr Kassel

**„Die Leute sind aggressiver geworden. Ich
wünsche mir mehr Zivilcourage, aber die Angst
ist auch bei den anderen Fahrgästen da.“**

Doro, Busfahrerin in Baden-Württemberg

„Oft muss ich mir grobe Beschimpfungen anhören.“

Sandro Hänel, Zugbegleiter bei der DB Regio, Leipzig

Wir leben heute in sicheren Zeiten. Betrachtet man die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik, steigen jedoch seit Abklingen der Covid-19-Pandemie die erfassten Straftaten wieder merklich an. Und beinahe jedes Jahr wird erneut eine Rekordzahl von Polizist*innen Opfer einer Gewalttat. Die Zahl der Angriffe auf Beschäftigte bei der Bahn hat in den letzten Jahren drastisch zugenommen. Kurzum: im gesamten öffentlichen Dienst steigt die Zahl der Gewalterlebnisse.

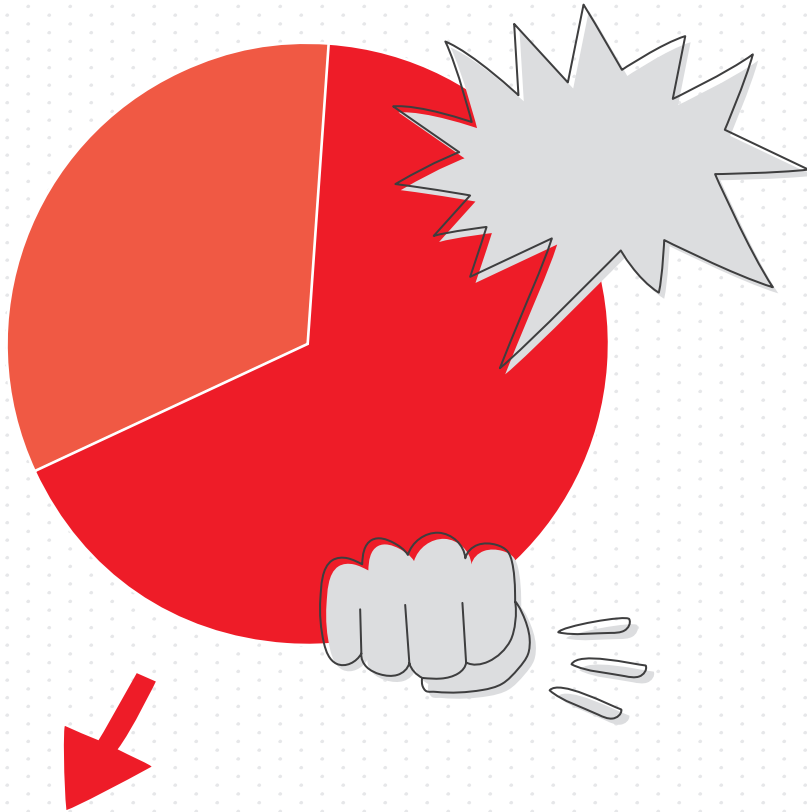
Eine Fahrkartenkontrolle, ein Termin im Amt oder eine Elternsprechstunde – immer häufiger werden diejenigen zum Ziel von Beleidigungen, Drohungen und tätlichen Angriffen, deren Arbeit uns allen zugutekommt. Diese bereits ernste Lage hat sich während der Corona-Pandemie für viele Beschäftigte weiter zugespitzt – und seitdem nicht wieder beruhigt.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich das Ziel gesetzt, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Doch wo anfangen? Die erste Aufgabe muss sein, einen blinden Fleck zu beseitigen: Denn über die Gewalt gegen einzelne Berufsgruppen werden mit Ausnahme von Polizei und Rettungskräften in Deutschland keine offiziellen Statistiken erhoben. Tägliche Angriffe gegen Beschäftigte gehen so unter, fallen nicht weiter auf.

Mithilfe der vorhandenen Statistiken, unabhängiger Befragungsergebnisse und Aussagen von Betroffenen schaffen wir einen Einblick: Was erleben Beschäftigte bei ihrer täglichen Arbeit? Was sind die Ursachen und was die Folgen?

Was wissen wir über die Gewalt gegen Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft?

Gewalt bei der Arbeit erfahren? Für viele immer normaler.



67 %

der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und privatisierten Sektor wurden zwischen 2018 und 2020 Opfer verbaler oder körperlicher Gewalt.¹

¹ uzbonn/DGB 2020.

N TAG JEDEN TAG JEDEN TAG JEDEN TAG JE

1

FAKT IST:

BESCHÄFTIGTE IM DIENST

DER GESELLSCHAFT

WERDEN

JEDEN TAG JEDEN TAG JEDEN TAG JEDEN TAG

OPFER VON GEWALT

Noch zu selten schafft es die Gewalt gegen Beschäftigte in die deutschen Schlagzeilen: So etwa 2013, als in Neuss eine Jobcenter-Mitarbeiterin von einem Klienten ermordet wurde.² Abseits solcher besonders tragischen Fälle erhalten die alltäglichen Angriffe im öffentlichen Raum längst nicht die nötige Aufmerksamkeit. Doch Gewalt gegen Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft ist ein Massenphänomen. Das bezeugen 67 Prozent der befragten Beschäftigten, die 2020 angaben, erst kürzlich Opfer eines Angriffes geworden zu sein³. 42 Prozent der Menschen in Deutschland haben bereits körperliche oder verbale Gewalt gegen Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft miterlebt.⁴

Gewalt am Arbeitsplatz – was ist das?

Die gesetzliche Unfallversicherung und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) definieren Gewalt am Arbeitsplatz wie folgt: „Jede Handlung, Begebenheit oder von angemessenem Benehmen abweichendes Verhalten, wodurch eine Person im Verlauf oder in direkter Folge ihrer Arbeit schwer beleidigt, bedroht, verletzt, verwundet wird.“⁵

Gewalt beginnt nicht erst dort, wo Fäuste fliegen und Messer gezückt werden. Viele Beschäftigte berichten von Beleidigungen und Bedrohungen oder sexualisierter Gewalt. Doch auch brutale Übergriffe sind keine Seltenheit mehr.

Arten der Gewalt⁶

25,7 %

Körperliche Bedrohung



8,9 %

Stalking außerhalb
des Arbeitsplatzes



58 %

Beleidigungen



55,6 %

Anschreien

11,7 %

Schläge oder Tritte



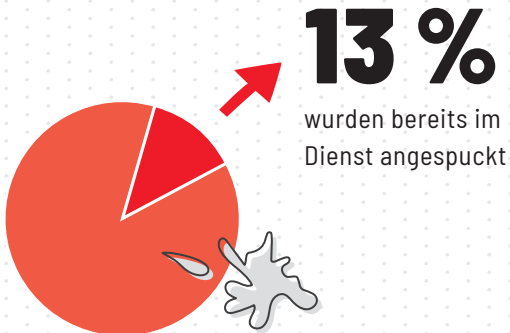
30 %

Androhung von Gewalt



12,1 %

Angriff oder Bedrohung
mit einer Waffe



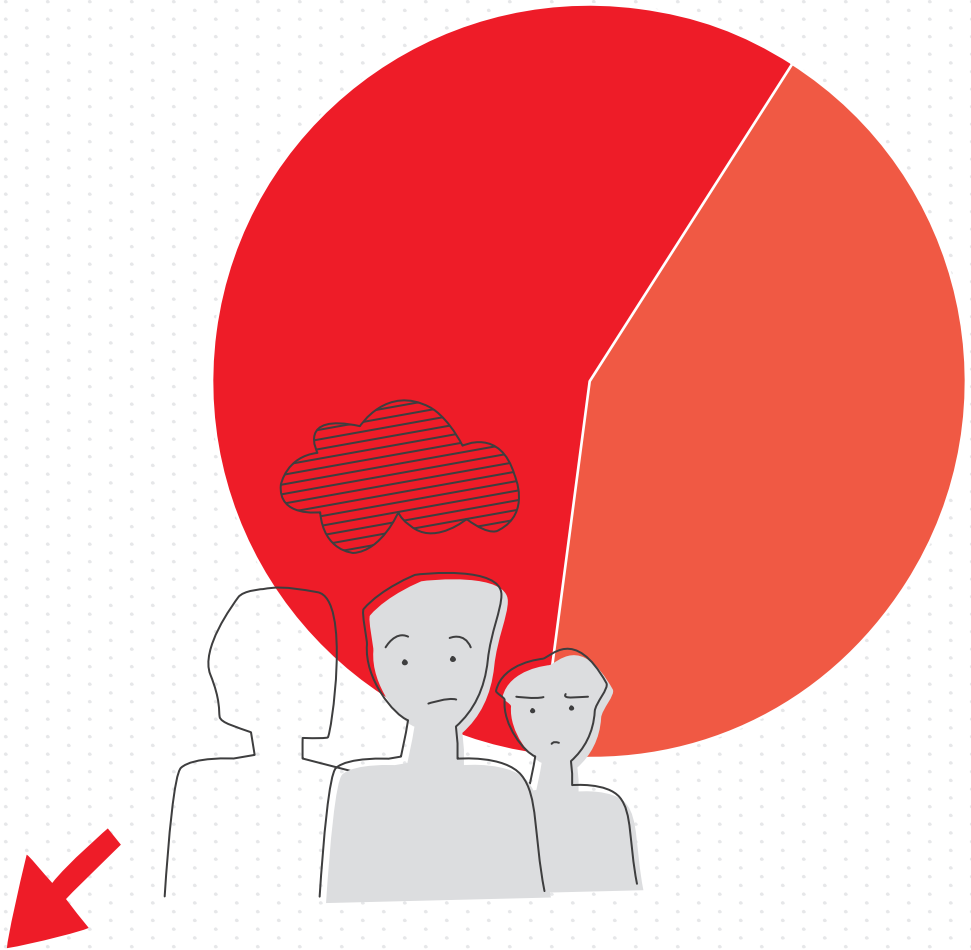
2 Spiegel Online 2014.

3 uzbonn/DGB 2020.

4 infratest dimap 2023.

5 Europäische Agentur für Sicherheit und
Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz 2002.

6 uzbonn/DGB 2020.



57 %

Mehr als die Hälfte der Beschäftigten
sieht eine Zunahme der Übergriffe und
Respektlosigkeiten.⁷

⁷ uzbonn/DGB 2020.

2

FAKT IST:

BETROFFEN IST

NICHT NUR

DIE POLIZEI

106.296 Polizist*innen wurden 2023 Opfer einer Straftat.⁸ Ein inakzeptabler Negativrekord. Noch beunruhigender ist jedoch, dass auch immer mehr Beschäftigte in vermeintlich sicheren Berufen Gewalt erfahren. Übergriffe auf das Personal der Bahn haben mit knapp 3.138 Fällen im Jahr 2022 erneut stark zugenommen.⁹ Laut einer Umfrage der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) unter Beschäftigten mit Kundenkontakt sind 82 Prozent in ihrem Berufsleben bereits Opfer eines verbalen oder körperlichen Angriffs geworden.¹⁰ Auch Beschäftigte im öffentlichen Dienst, etwa in der Verwaltung, beim Ordnungsamt und insbesondere bei Feuerwehr- und Rettungskräften, werden im Dienst immer häufiger Opfer von Gewalt.¹¹ Wer im Dienst der Gesellschaft steht, erlebt in wachsender Zahl Anfeindungen und Angriffe.

Die Folgen sind schwerwiegend: 29,4 Prozent der Betroffenen wurden nach einem Angriff krankgeschrieben, mehr als jeder Zehnte berichtet von anhaltenden psychischen Problemen und nicht wenige Beschäftigte sind nach einer Gewalterfahrung nicht mehr arbeitsfähig. Neben dem individuellen Leid kosten diese Folgen Steuerzahlerinnen und -zahler viel Geld und dünnen den bereits unterbesetzten öffentlichen Dienst weiter aus. So betrug die Dauer der Krankschreibungen infolge von Gewalt bei 38 Prozent der Betroffenen im öffentlichen Dienst 8–30 Tage pro Jahr. Bei 35 Prozent waren es sogar mehr als 30 Tage.¹² Gleiches gilt für den privatisierten Sektor: Die Deutsche Bahn registrierte 2019 27.816 Ausfalltage aufgrund von Körperverletzungen.¹³

8 BKA 2023: Polizeiliche Kriminalstatistik 2023.

9 Deutsche Bahn 2023.

10 EVG 2023

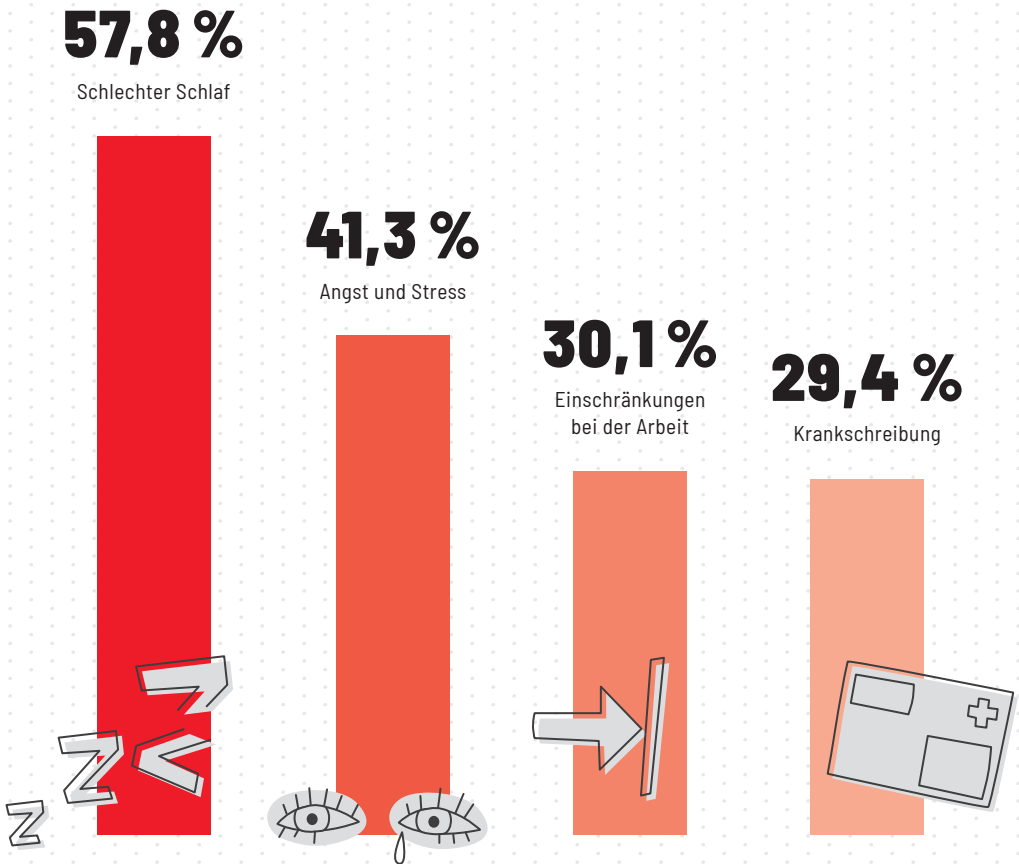
11 Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung 2022.

12 Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung 2022.

13 Deutsche Bahn 2020.

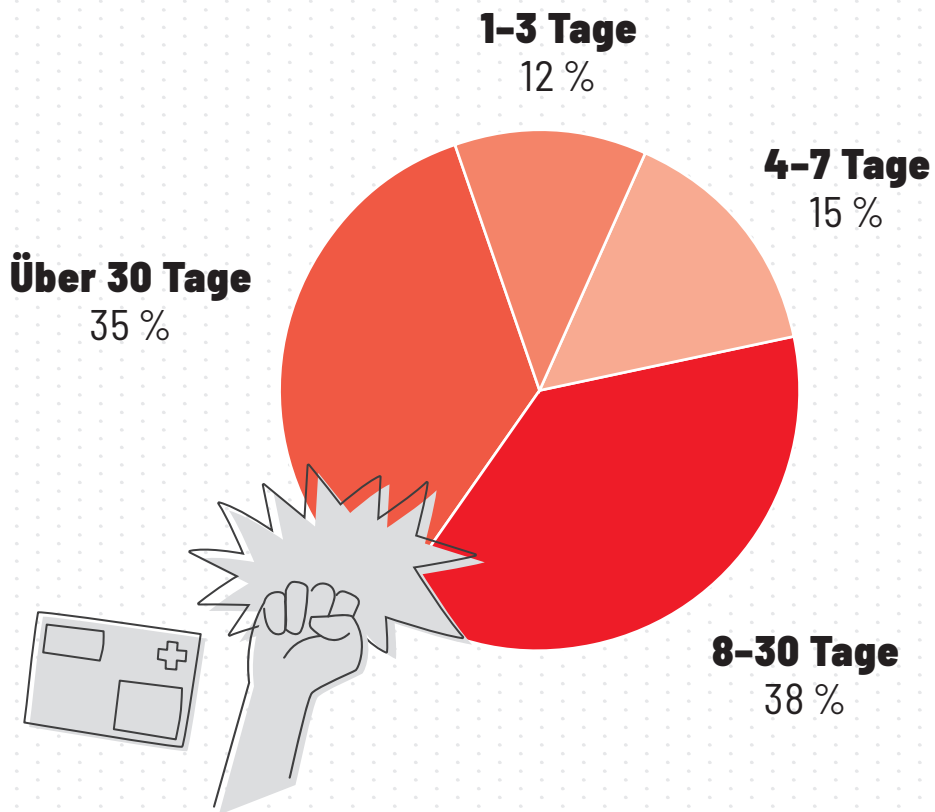
14 uzbonn/DGB 2020.

Folgen von Gewalt für Beschäftigte¹⁴



Dauer der Krankschreibung infolge von Gewalt im öffentlichen Dienst¹⁵

(Angaben pro Jahr)



¹⁵ Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung 2022.

3

FAKT IST:

DIENSTHERREN UND

ARBEITGEBER

LASSEN IHRE BESCHÄFTIGTEN

MIT DER GEWALT OFT

ALLEIN

Dass das eigene Personal zunehmend Opfer von Angriffen und Beleidigungen wird, scheint in Dienststellen, bei Arbeitgeber*innen sowie bei politisch Verantwortlichen noch nicht vollständig angekommen zu sein. So berichtet mehr als ein Viertel der befragten Betroffenen, von Vorgesetzten nach einem Angriff keine Hilfe und Unterstützung erhalten zu haben.¹⁶ Und selbst wenn Unterstützung erfolgt, ist diese oft unzureichend. 36 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die Gewalt erlebt oder mitangesehen haben, bewerten die anschließende Unterstützung als schlecht.¹⁷ Viele Gewaltvorfälle werden daher gar nicht erst gemeldet.

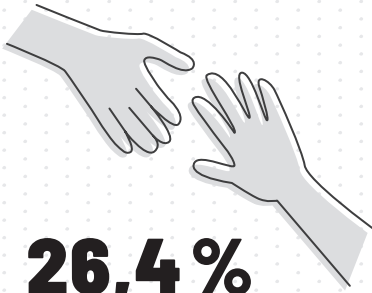
Das Problem: Wenn Führungskräfte wegschauen, schleicht sich eine Normalisierung von Gewalt ein. Die eigenen Mitarbeiter*innen physisch und psychisch zu schützen, muss daher auch ein Teil guter Führung sein. Aktuell mangelt es massiv an Hilfsangeboten und Unterstützung vor und nach einem (potenziellen) Übergriff.



DARUM

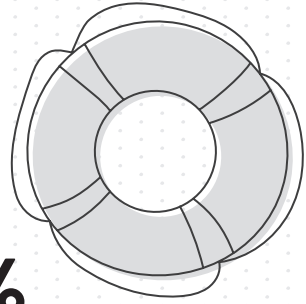
- müssen Führungskräfte nachhaltig für die Gefährdung ihrer Mitarbeiter*innen sensibilisiert werden.
- braucht es Gefährdungsanalysen, um Gefahren im Voraus zu erkennen, rechtzeitig zu handeln und auf Basis der Analysen Schutzmaßnahmen zu ergreifen.
- braucht es unkomplizierte und vertrauensvolle Meldesysteme für Gewalt.
- müssen Beschäftigte die medizinische und psychologische Betreuung erhalten, die erforderlich ist, um nach einem Übergriff wieder in den Arbeitsalltag zurückzufinden.

Viele der betroffenen Beschäftigten sind unzufrieden mit der Reaktion ihrer Vorgesetzten.¹⁸



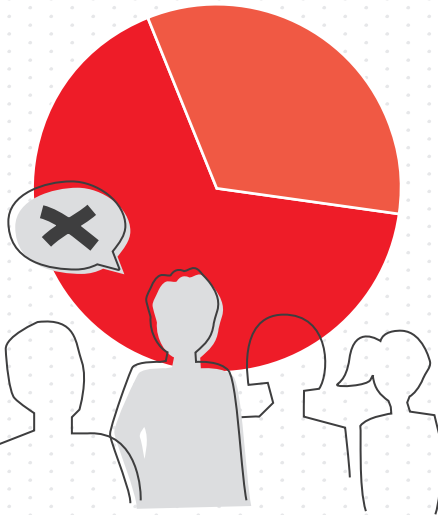
26,4%

Keine ausreichende Hilfe und Unterstützung



37,1%

Keine passenden Hilfsangebote



70%

der Betroffenen im öffentlichen Dienst melden erlebte Gewalt erst gar nicht¹⁹

¹⁶ uzbonn/DGB 2020.

¹⁷ Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung 2022.

¹⁸ uzbonn/DGB 2020.

¹⁹ Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung 2022.

Die Gründe für die Nichtmeldung von Gewalt verdeutlichen den Mangel an Unterstützung²⁰

56 %



Eine Meldung würde nichts ändern

32 %



Bürokratischer Aufwand zu hoch

17 %



Keine Unterstützung der Behörde

11 %



Meldungen bei der Behörde nicht gerne gesehen

11 %



Negative Konsequenzen für sich selbst befürchtet

4 %



Peinlich, in diese Situation geraten zu sein

3 %



Von Vorgesetzten angewiesen, Gewalt nicht zu melden

²⁰ Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung 2022.

4

FAKT IST:

AUF DIE GEFAHR

IM DIENST SIND

BESCHÄFTIGTE

NICHT AUS-

REICHEND

VORBE

REI-

TET



Eine Konfliktsituation muss nicht immer in Gewalt enden. Wer im Umgang mit aggressiven Personen geschult ist, kann gefährliche Situationen besser erkennen, einschätzen und dann deeskalierend reagieren oder Hilfe rufen. Von den 63 Prozent der Beschäftigten, die sich mehr Sicherheit wünschen, sind deshalb 82 Prozent für mehr Schulungen.²¹

Auch fehlt es oft an einer präventiven Ausstattung von Arbeitsplätzen und Beschäftigten: Wachdienste, Alarmsysteme oder strengere Zugangskontrollen verhindern Angriffe und geben Mitarbeiter*innen ein Gefühl der Sicherheit.

Doch angesichts der zunehmenden Gewalt fühlen sich nur noch 58 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sicher bei der Arbeit. Bei 31 Prozent hat sich das Sicherheitsgefühl in den letzten drei Jahren verschlechtert.²²



DARUM

- müssen Beschäftigte in präventiven Deeskalationsstrategien geschult werden. Diese Trainings sollten auch Teil der Ausbildung öffentlicher Berufe werden.
- müssen Arbeitsplätze stärker für den Schutz und die Sicherheit der Arbeitenden eingerichtet werden.
- brauchen Beschäftigte im Außendienst bessere Schutzausrüstung. Die Ausrüstung von Polizist*innen mit Bodycams²³ hat beispielsweise Deeskalationspotenziale gezeigt.

²¹ uzbonn/DGB 2020.

²² Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung 2022.

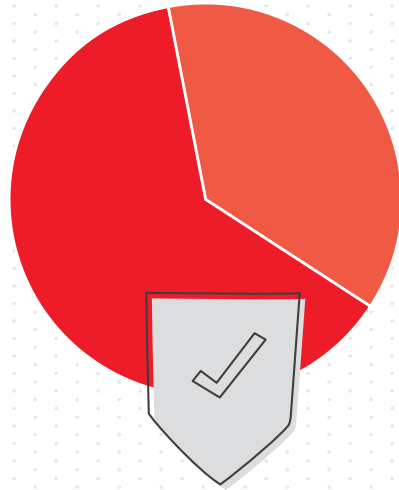
²³ Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaft 2018.

²⁴ uzbonn/DGB 2020.

Beschäftigte wünschen sich mehr Rückendeckung, Schulungen und Sicherheitstechnik.²⁴

63 %

Anteil der Befragten, nach deren Meinung die Sicherheit der Beschäftigten erhöht werden muss.



73,5 %

Mehr Personal

81,8 %

Schulungen zur Deeskalation



80,7 %

Alarmknöpfe, Schleusen, Schutztechnik

RÜCKZUG DES STAATES

5

FAKT IST:

DER

BEFEUERT ÜBERGRIFFE

Ein riesiges Investitionsloch, kleingesparte Leistungen und löchrige Sicherungsnetze: Der Staat befindet sich kontinuierlich auf dem Rückzug. Die Folge: Nur noch 35 Prozent der Bürger*innen haben Vertrauen in den Staat – Tendenz sinkend.²⁵ Wenn sich Bürger*innen nicht mehr auf das Funktionieren öffentlicher Institutionen verlassen können, wachsen Frust und Wut.

Besonders groß ist die Unzufriedenheit etwa beim Bildungsbereich, mit dem nur 33 Prozent der Bevölkerung zufrieden oder sehr zufrieden sind. Ähnlich geringe Zufriedenheit besteht mit dem öffentlichen Nah- und Fernverkehr (38 Prozent) und der öffentlichen Verwaltung (48 Prozent). Und mit der Krankenversorgung ist mit 54 Prozent nur wenig mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland zufrieden.²⁶

Weil sie als meist einziger direkter Kontaktpunkt zwischen Staat und Bürger*innen oft als Repräsentant*innen des Staates wahrgenommen und für Missstände verantwortlich gemacht werden, werden die Beschäftigten im Dienst der Gesellschaft häufig zu Blitzableitern für aufkommende Unzufriedenheit und Aggressionen.



DARUM

- braucht es einen Bewusstseinswandel bei Bürger*innen: Unter schwierigen Bedingungen leisten Beschäftigte einen wertvollen Dienst für unser Miteinander. Dafür verdienen sie Respekt. Als Gesellschaft müssen wir ihre körperliche und seelische Unversehrtheit fordern und schützen.
- muss die Politik Investitionsstaus auflösen und soziale Sicherungsmechanismen stärken. Marode Schulen, bröckelnde öffentliche Infrastruktur und wachsende soziale Unsicherheit sind Gift für den gesellschaftlichen Frieden.

Zufriedenheit in der Bevölkerung mit²⁷

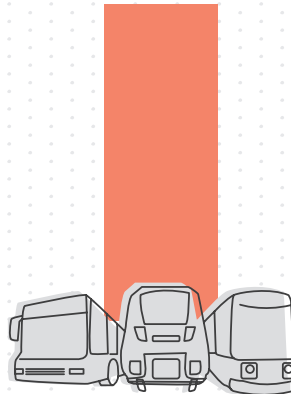
54 %
Krankenversorgung



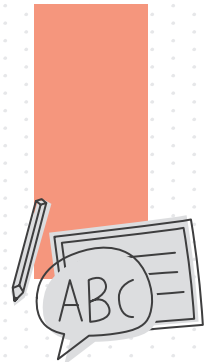
48 %
Öffentlicher
Verwaltung



38 %
Öffentlichem Nah- und
Fernverkehr



33 %
Bildung

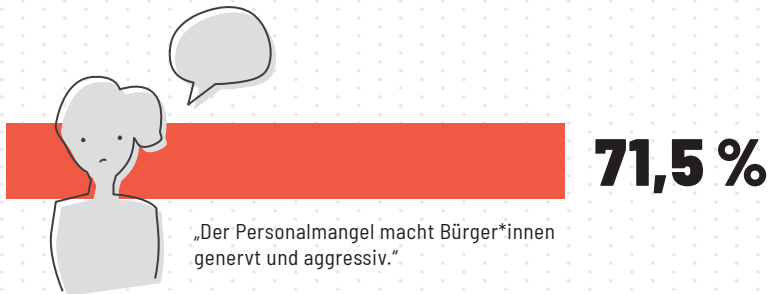


²⁵ eGovernment Monitor 2023.

²⁶ infratest dimap 2023.

²⁷ infratest dimap 2023.

Wo liegen laut Betroffenen die Ursachen?²⁸



28 uzbonn/DGB 2020.

6

FAKT IST:

DER

RESPEKT
für Beschäftigte im Dienst
der Gesellschaft

SINKT.

Auch ein sich veränderndes gesellschaftliches Klima gibt Übergriffen neuen Nährboden. Frustrationen im öffentlichen Raum entladen sich immer schneller in Aggressionen, die oft Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft treffen. Dabei spielt auch der oftmals fehlende Respekt für Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor eine Rolle. Dass dieser Respekt stetig sinkt, ist ein schon seit Jahren beobachtbarer Trend.²⁹

Rettungssanitäter*innen werden immerhin noch von 54 Prozent der Bevölkerung als respektiert angesehen, während Polizist*innen und Mitarbeitenden des Nah- und Fernverkehrs deutlich weniger Respekt zugesprochen wird. Als besonders wenig respektiert angesehen werden Mitarbeitende der öffentlichen Verwaltung.³⁰

Auffällig ist, dass die Berufsgruppen, denen besonders wenig Respekt zugesprochen wird, vor allem in den Bereichen liegen, bei denen die Zufriedenheit besonders gering ist. Das zeigt, dass Unzufriedenheit mit einzelnen Bereichen des öffentlichen und privatisierten Sektors auch zu fehlendem Respekt für die dort Beschäftigten führt.³¹



- muss der Leistungsabbau im öffentlichen und privatisierten Sektor gestoppt werden.
- müssen Bund, Länder, Kommunen und privatisierte Arbeitgeber massiv in Personalaufbau investieren.
- muss der öffentliche und privatisierte Sektor für qualifizierte Bewerber*innen attraktiver gestaltet werden.

... genießen viel oder sehr viel Respekt in der Gesellschaft.³²

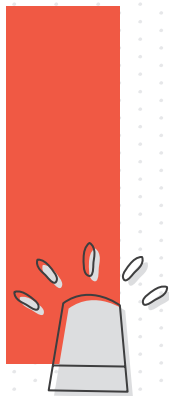
54 %

Rettungs-
sanitäter*innen



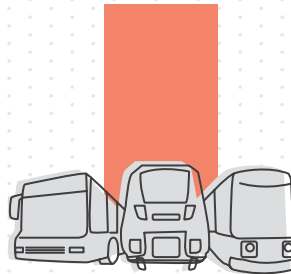
43 %

Polizist*innen



28 %

Mitarbeitende des
Nah- und Fernverkehrs



22 %

Verwaltungs-
mitarbeiter*innen



29 Konrad-Adenauer-Stiftung 2019.

30 infratest dimap 2023.

31 infratest dimap 2023.

32 infratest dimap 2023.



Die DGB-Initiative:

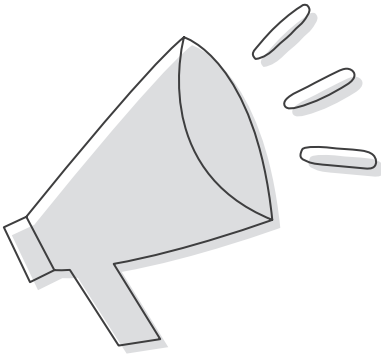
VERGISS NIE, HIER ARBEITET EIN MENSCH

Eine Einschätzung von Elke Hannack

Stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende

Was diese Publikation beschreibt, sind mehr als nur Einzelfälle. Trotzdem sind wir überzeugt: Die Mehrheit der Bürger*innen begegnet den Beschäftigten im öffentlichen und privatisierten Sektor mit Wertschätzung und Respekt.

Doch zu Respekt gehört mehr: nämlich hinzuschauen, laut zu werden und Unterstützung zu zeigen, wenn andere den Alltag der Beschäftigten zur Hölle machen. Und zu Respekt gehört auch, die eigenen Mitarbeiter*innen vor Gewalt zu schützen, sie vernünftig auf einen gefährlichen Job vorzubereiten und ihnen jede Hilfe zukommen zu lassen, wenn etwas passiert ist.



ZU RESPEKT

GEHÖRT MEHR

Um diesen Respekt lautstark einzufordern, hat der DGB zusammen mit seinen Mitgliedsgewerkschaften eine Initiative gestartet, die die Problematik auf die Straßen, in die Dienststellen und in die Politik trägt. Gemeinsam zeigen wir, was die Beschäftigten in Jobcentern, in der Stadtreinigung, in Schulen, Krankenhäusern und vielen anderen Dienststellen an ihren Arbeitsplätzen jeden Tag für unsere Gesellschaft leisten – und was sie oft im Gegenzug dafür erfahren.

Unsere Initiative erinnert an das, was in den Köpfen gestresster und frustrierter Bürger*innen viel zu oft verloren geht: **Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch.** Mit dieser Botschaft streiten wir in der Öffentlichkeit, bei Arbeitgebenden und der Politik für einen Bewusstseinswandel und für greifbare Verbesserungen für die Menschen, die täglich für uns im Einsatz sind.

Gewalt gegen Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft hört nicht von alleine auf. Wir müssen sie beenden. In diesem Sinne: Packen wir es an!

Was muss sich ändern?

Unsere Forderungen auf einen Blick.

1

Ein öffentlicher Bewusstseinswandel

Auch wenn Bürger*innen von den Leistungen des Staates enttäuscht oder frustriert sind: Die körperliche und seelische Unversehrtheit der Beschäftigten ist zu wahren. Das muss allen klar werden.

2

Personalaufbau und bessere Ausstattung

Wir brauchen mehr Personal sowie moderne und bedarfsabhängige Ausstattung auf Grundlage seriöser Analysen. Das hilft den Beschäftigten und reduziert Gefahren.

3

Schulungen und Gesundheitsmanagement

Gefährdete Beschäftigte brauchen Schutzmechanismen, Schulungen zu präventiven Deeskalationsstrategien sowie funktionierende Mechanismen der Nachsorge.



4

Führungskräfte sensibilisieren

Führungskräfte müssen dafür sensibilisiert werden, dass auch der physische und psychische Schutz ihrer Beschäftigten zu ihren Aufgaben gehört. Schauen sie weg, schleicht sich eine Normalisierung von Gewalt ein.

5

Mehr öffentliche Investitionen in Infrastruktur

Größere Zufriedenheit der Bürger*innen mit den Leistungen der öffentlichen Hand wirkt sich auch positiv auf die Sicherheit der dort Beschäftigten aus. Deshalb müssen Bund, Länder und Kommunen endlich jahrelang aufgeschobene Investitionen umsetzen.

6

Zahlen, Daten und Fakten

Nur wenn nach gleichen Gesichtspunkten in allen Bereichen des öffentlichen und privatisierten Sektors Übergriffe erfasst werden, kann man objektiv über das Thema sprechen und geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen. Doch bislang werden kaum Zahlen erhoben. Wir brauchen offizielle Statistiken und eine Forschungsinitiative zu den Ursachen der Gewalt.



**VERGISS NIE
HIER ARBEITET EIN
MENSCH**

Quellen

Wenn nicht weiter ausgeführt, beziehen sich die genannten Statistiken auf eine Umfrage des uzbonn unter mehr als 2.000 Beschäftigten des öffentlichen und privatisierten Sektors aus den Jahren 2019 und 2020.

BKA 2023: Polizeiliche Kriminalstatistik 2023.

DGUV 2018: Arbeitsunfallgeschehen 2018, <https://publikationen.dguv.de/widgets/pdf/download/article/3680> (11.2019)

Deutsche Bahn 2020: Lagebild Körperverletzungen gegen DB-Mitarbeiter 2019, intern

Deutsche Bahn 2023: https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/Mehr-Uebergriffe-gegen-Bahnmitarbeitende-im-Jahr-2022-DB-verstaerkt-Schutzmassnahmen-10420160

Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung 2022: Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, https://www.foev-speyer.de/fileadmin/Foev/Veranstaltungen/Gewalt_oeD_Zusammenfassung.pdf

eGovernment Monitor 2023: Hrsg. von Initiative D21 und Technische Universität München (durchgeführt von Kantar) 2023

Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz 2002: Gewalt bei der Arbeit. Facts 24.

EVG 2023: www.evg-online.org/politik/news-2024/umfrage-zum-thema-sicherheit-liefert-erschuetternde-ergebnisse

Infratest dimap 2023 (im Auftrag des DGB): Zufriedenheit, Respekt und Gewalt gegenüber Beschäftigten im Dienst der Gesellschaft.

Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaft und Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW 2018: Zwischenbericht: Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen, https://www.hspv.nrw.de/fileadmin/Newsletter/2018_05_Mai/Zwischenbericht_OnlineVersion.pdf (05.2018)

Konrad-Adenauer-Stiftung 2019: Respekt verschiedener Berufsgruppen in der Gesellschaft, <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/respekt> (02.12.2019)

Spiegel Online 2014: Mord im Jobcenter Neuss: Die Schreie habe ich immer noch im Ohr, <https://www.spiegel.de/panorama/mord-im-jobcenter-neuss-wie-die-kollegen-des-opfers-weiterarbeiten-a-958263.html> (13.03.2014)

uzbonn/DGB 2020: Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor

Impressum

Herausgeber

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik
Keithstraße 1
10787 Berlin

Verantwortlich

Elke Hannack, Stellvertretende Vorsitzende des DGB

Redaktion

Alexander Boettcher, Henriette Schwarz

Gestaltung

wegewerk GmbH

Illustrationen

wegewerk GmbH

Fotos

S. 30: DGB/Simone M. Neumann
S. 32/33: Mike Meyer

Stand

Mai 2024

Wenn Sie aus dieser Publikation zitieren wollen, dann bitte mit genauer Angabe des Herausgebers, des Titels und des Stands der Veröffentlichung. Bitte senden Sie zusätzlich ein Belegexemplar an den Herausgeber.

DGB